



Bürgerbrief

Verfassungsklage gegen den EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon)

Universitätsprofessor Dr. Karl Albrecht Schachtschneider hat sich bereit erklärt, für Österreich eine Klageschrift gegen den EU-Vertrag von Lissabon auszuarbeiten. Die Kläger in Österreich sind ein unabhängiges Personenkomitee, bestehend aus Experten, sowie Vertreter verschiedener Bürgerrechtsorganisationen. Die *Initiative für mehr direkte Demokratie* unterstützt die Klage. Dem Personenkomitee gehören unter anderem Univ. Prof. Dr. Peter Pernthaler, einer der führenden österreichischen Verfassungsexperten, Univ. Prof. DI Anton Moser, Prof. Karl Socher und Univ. Prof. Erwin Bader an.

Für Deutschland hat Prof. Schachtschneider eine Klage gegen den Vertrag von Lissabon im Umfang von 328 Seiten verfasst. Diese wurde durch den CSU-Abgeordneten Dr. Peter Gauweiler im Mai beim VfGH eingebracht, so wie schon gegen den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

2005 bewirkte die Klage, dass der – bereits vom Bundestag und Bundesrat ratifizierte – Verfassungsvertrag keine Gültigkeit erlangte. Das Bundesverfassungsgericht untersagte dem deutschen Präsidenten Köhler das Zustimmungsgesetz dafür zu unterschreiben. Weil der neue EU-Vertrag von Lissabon lt. Prof. Schachtschneider substantiell dem EU-Reformvertrag gleich ist, ist wieder anzunehmen, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht die

Klage annimmt. Prinzipiell kann jeder Bürger klagen. Allerdings muss die Klageschrift ausreichend begründet sein, damit sie vom Verfassungsgerichtshof nicht abgelehnt wird. Prof. Schachtschneider, der in Europa der führende Rechtsexperte im Bereich des EU-Rechtes ist, hat die Klage federführend verfasst, unterstützt von Prof. Pernthaler.

Ein Einspruch gegen die Ratifizierung ist in Österreich nur dann möglich, wenn der Bundespräsident bereits unterschrieben hat, was Bundespräsident Dr. Heinz Fischer am 28. April 2008 getan hat. Daher wird in den nächsten Tagen die Klageschrift dem österreichischen Verfassungsgericht vorgelegt.

Folgende Ziele verfolgt die Verfassungsklage:

- Die Zustimmung und Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch das österreichische Parlament für "nichtig" zu erklären
- Begründung der Verpflichtung auf eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon
- Begründung der Verfassungswidrigkeit der gesamten Integrationsentwicklung der EU (damit ist gemeint die unfreiwillige Teilnahme aller österreichischen Bürger an sämtlichen Entwicklungen in der EU)

Als Mitglied der Plattform *Ja zu Österreich – Nein zur EU* unterstützen wir vollinhaltlich und auch finanziell die Klage. Das Ziel dieser Plattform ist der Austritt aus der Europäischen Union, weil das Demokratiedefizit unüberwindbar ist. Wer Demokratie, Rechtsstaat und

Sozialstaat bewahren will, muss aus der Union ausscheiden, damit Österreich als Staat wieder handlungsfähig wird.

Der Plattform gehören folgende Initiativen an:

Heimat und Umwelt, Neutrales Freies Österreich – EU-Austritt, Pro-Leben, Initiative für mehr direkte Demokratie.

Wir werden ausführlich über den Verlauf dieser Klage berichten.

Großdemonstration vom 29. März 2008

Die von uns angekündigte und mitgestaltete Großdemonstration wurde ein historisches Ereignis. Zigtausend Menschen forderten ihr demokratisches Recht auf Mitbestimmung ein. Berührende und engagierte Reden von Fachleuten und Professoren erhielten großen Beifall. Die Auswirkungen seit dem EU-Beitritt und die Bedeutung des EU-Reformvertrages für die Bürger Österreichs wurden klar aufgezeigt und die Demonstrierenden forderten ihr Recht auf Mitsprache deutlich ein.

Jeder, der bei dieser Großveranstaltung dabei war, konnte bemerken, dass man dem Volk nicht ohne Widerstand sein demokratisches Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung nehmen kann.

In der Wochenzeitung *Zeit-Fragen* ist eine ausführliche Dokumentation über die Großdemonstration veröffentlicht und die Reden der Experten sind abgedruckt.

Für einen kleinen Unkostenbeitrag schicken wir Ihnen sehr gerne diese Ausgabe der Zeitung *Zeit-Fragen* zu. Vermerk auf

dem Zahlschein: *Bestellung Zeit-Fragen Nr. 17*. Auskünfte und Bestellungen:

vb@direktedemokratie.at oder unter PF 78, 1108 Wien.

Die Missachtung der österreichischen Neutralität und die nicht demokratischen Machtstrukturen der EU gefährden das Demokratie- und Friedensprinzip der österreichischen Bundesverfassung.

Es muss außerdem ein weiteres Ziel der Initiative sein, direkte Demokratie einzufordern, um der Verfassung wirklich Genüge zu tun (BV-G Artikel 1 „Das Recht geht vom Volk aus“). Die derzeitige Parteienherrschaft soll wieder durch echte demokratische Mitbestimmung der Bürger ersetzt werden!

Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, diese Klage unterstützen

möchten, führen Sie bitte auf dem Zahlschein Ihre Spende extra als „Baustein für die Klage“ an. Selbstverständlich freuen wir uns auch sonst über jegliche Unterstützung. Unsere Arbeit erfolgt ehrenamtlich und ist ohne finanzielle Hilfe Ihrerseits nicht möglich. Allen, die uns bereits unterstützt haben, möchten wir herzlich danken.

10 Gründe für mehr direkte Demokratie

● **Mitbestimmung der Bürger statt Politikverdrossenheit und Parteienherrschaft**

Parteipolitiker handeln zunehmend so, als würde es ihnen nur noch um den Einfluss ihrer Partei und um ihre eigene Macht gehen. So hat sich die Politik von den Menschen entfernt, Demokratie ist unglaublich geworden. Nach einer großen, im Auftrag der BBC von Gallup durchgeführten Umfrage (Who runs the world?) in 68 Ländern fühlen sich in den europäischen Ländern 64 % der Bürger nicht durch ihre Politiker vertreten!!

● **Mitbestimmung derzeit für den Bürger in Österreich kaum möglich**

Durch Volksbegehren sind Gesetzesinitiativen zwar möglich, doch bleibt es dem Parlament überlassen, ob es zu einer gesetzlich bindenden Volksabstimmung kommt. Noch nie in der zweiten Republik ist aus einem Volksbegehren eine Volksabstimmung geworden, das heißt: Noch nie hat der Nationalrat ein Anliegen, eine Initiative aus dem Volk aufgegriffen und den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt. Das ist Herrschaft und nicht Demokratie.

● **Zu wenig Mitbestimmungsmöglichkeit in zentralen Fragen – die Wahl von Parteien alle paar Jahre genügt nicht**

Entscheidende Fragen wie Pensionsvorsorge, Krankenversicherung, Atomstrom, Gentechnik, Besteuerung werden von Politikern und Lobbyisten (bezahlten Beeinflussern) hinter verschlossenen Türen verhandelt. Der Bürger wird vor vollendete Tatsachen gestellt.

● **Echte Demokratie braucht unabhängige Bürger und Initiativen**

Wenn unabhängige Bürger einen Gesetzesvorschlag einbringen, muss gewährleistet sein, dass dieser auch Chance auf Volksabstimmung hat. Das bedeutet, dass die Anzahl der für eine Volksabstimmung erforderlichen Unterschriften erreichbar sein muss – ohne Propaganda der etablierten Medien und Parteien.

● **Direkte Demokratie funktioniert – Modell Schweiz**

In unserem westlichen Nachbarland, das auf 200 Jahre Frieden zurückblicken kann und sogar in Zeiten der Krise gute Wirtschaftsdaten aufweist, hat sich die direkte Demokratie bestens bewährt. Zu einem Gesetzesvorschlag eines Bürgers oder einer Initiativgruppe, der von mindestens 100 000 Wahlberechtigten unterschrieben wird, muss eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Entscheidet die Mehrheit für den Vorschlag, wird er Gesetz.

● **Gegen den Missbrauch von Volksbegehren durch Populisten und Medien – bindende Abstimmungen!**

Bindende Volksabstimmungen sind das einzige Mittel gegen den Missbrauch von Volksbegehren durch Parteien und Medien. Nur durch Volksbegehren, die eine Abstimmung mit bindendem Ergebnis für die Regierung zur Folge haben, werden alle gezwungen, ehrliche Anliegen aufzuwerfen und Konsequenz bei der Durchführung zu zeigen. (Nur zum Wählerfang durchgeführte Volksbegehren hören sich dann auf, wenn populistische Politiker mit Konsequenzen ihrer eigenen Vorschläge rechnen müssen.)

● **Informierte Bürger stärken die Demokratie**

In der heutigen Informationsgesellschaft (Printmedien, TV, Radio, Internet) ist es jedem Bürger möglich, sich Informationen über Sachfragen zu beschaffen und diese weiterzugeben. Wären bindende

Volksabstimmungen in Österreich möglich, würde sich der Einzelne ernst genommen fühlen, sich noch besser informieren und stärker am politischen Leben beteiligen. („Ich bin ja plötzlich ehrlich gefragt!“) Dies käme der Demokratie insgesamt sehr zugute, da – wie alle Umfragen zeigen – Vertrauen und Glaubwürdigkeit in unsere Regierungspraktiken an einem erbärmlichen Punkt angekommen sind.

- **Volksentscheide haben international Gewicht**

Gerade in einer Zeit des Großmachtstrebens und des Profitkampfes der transnationalen Konzerne, deren Lobbying insbesondere auf Regierungspolitiker gerichtet ist, können Volksabstimmungen (etwa gegen die Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel in unserem Land) wichtigen nationalen Anliegen in internationalen Verhandlungen das nötige Gewicht verleihen und den damit befassten Politikern den Rücken stärken. Gerade für Kleinstaaten gilt: Eine Regierung kann leichter in die Knie gezwungen werden als ein ganzes Volk.

- **Direkte Demokratie ist sparsamer und zeitgemäßer**

Jeder weiß, wo Mitarbeiter eines Betriebs Vorschläge einbringen können und diese auch aufgegriffen werden, wenn sie tauglich sind, geht es dem Unternehmen besser. Warum soll es in der Politik anders sein?

Wie vergleichende Studien aus der Schweiz zeigen, gibt es kein wirksameres Mittel, um die Verschuldung eines Staates gering und die Steuern niedrig und effizient zu halten als eine gelebte direkte Demokratie.

- **Direkte Demokratie ist Kontrolle der Macht**

Allein durch die Möglichkeit, dass Bürger eine Gesetzesinitiative ergreifen können, wird es für Machtgruppen (innerhalb oder außerhalb des Parlaments) schwieriger, den Gang der Dinge in ihrem Interesse zu diktieren. So ermöglicht direkte Demokratie die Kontrolle der Macht und wahrt die Freiheit der Bürger. Sie ist die notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

Der Staat als Spekulationsgarant

von Prof. Dr. Eberhard Hamer,
Hannover

Die Zentralbanken haben in den letzten Wochen immer wieder mit Hunderten von Milliarden Dollar die Liquidität von Finanzinstituten aufgefangen. In der letzten Woche wieder hat die US-Regierung allein mehr als 200 Mia. Dollar über die halbstaatlichen Hypothekeninstitute Fannie Mae und Freddie Mac zur Verfügung gestellt, damit diese faule Baudarlehen von regionalen Banken und Kreditanbietern übernehmen können. Mit Garantie dieser beiden halbstaatlichen Institutionen können die Kredite dann höherwertig weitergereicht und für weitere Finanzierungen genutzt werden. Dadurch hofft die Aufsichtsbehörde, dass die beiden Institute damit rund 2000 Mia. Dollar an Baudarlehen kaufen, stabilisieren oder garantieren können.

Damit wird auch in den USA ein eindeutiges Signal gesetzt, dass der Staat bei Fehlspekulationen der Banken einzugreifen habe, dass also die inzwischen grössten Verluste der

letzten 40 Jahre bei den Banken durch den Staat – also auf Kosten der Bürger und Steuerzahler – abgefangen werden müssten.

Bisher haben alle Banken der westlichen Welt im Boom immer Wert darauf gelegt, möglichst wenig dem Staatseinfluss unterworfen zu sein, haben jede Intervention des Staates abgelehnt. Solange die Spekulationen gutgingen, sollten die Spekulationsgewinne ihnen unvermindert gehören – auch nicht vermindert etwa durch Steuern. So hat sich eine übermässige Spekulationsblase mit riesigen Scheingewinnen in der ganzen Welt entwickeln können, welche den Kapitalspekulanten zugute gekommen ist und womit praktisch das gesamte Weltfinanzsystem ausgehöhlt wurde.

Seit aber die Spekulationsblase – zuerst beim Hypothekenmarkt – zu platzen beginnt, müssten eigentlich die hemmungslosen Spekulanten und Spekulationsbanken die Zeche auch selbst zahlen, also untergehen. Dies aber bringt grösste Turbulenzen nicht nur in den Finanzmarkt, sondern über einen zusammenbrechenden Finanzmarkt notwendigerweise auch auf die Realwirtschaft.

Diese Folge hoffen die Bankführer immer noch irgendwie zu vermeiden.

Bisher hat bei der Bewältigung der Krise die Federal Reserve Bank alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte. Sie hat nicht etwa die ersten Liquiditätsengpässe kneifen lassen, sondern durch Zinssenkungen und weitere Liquiditäten die unseriöse Spekulation nur verlängert. Die Blase sollte nicht platzen, sondern nur ein bisschen Luft lassen. Damit kann man aber das Problem nicht lösen. Immerhin hat sich in den letzten 30 Jahren das Finanzvolumen unsolide und ohne Deckung vervierzigfacht, während das Gütervolumen sich nur vervierfacht hat. Die Differenz muss also irgendwann wieder korrigiert werden, ob nun jetzt oder später. Um die Korrektur kommt man nicht herum. Die Generalkorrektur der zweiten grossen Weltwirtschaftskrise hat längst begonnen. Es geht jetzt nur noch darum: Bringen wir sie schnell hinter uns, oder lassen wir sie schrittweise längerfristig geschehen? Es wird damit zwar nichts besser, aber so glauben Spekulationsbanker und ihre politischen Helfer sich noch retten zu können.

Vor allem das amerikanische Finanzsystem ist marode. Die FED ist eine Privatbank, welche den beiden grössten Finanzgruppen, Rothschild und Rockefeller, gehört. Beide Gruppen haben diesen «Goldesel» für den Aufkauf der Rohstoffe der Welt, für Beteiligungen oder Zusammenkauf der globalen Konzerne, für die Finanzierung der verhängnisvollen US-Kriege sowie für Staatsdefizite masslos geplündert und damit die grosse Finanzblase vorsätzlich oder fahrlässig, jedenfalls schuldhaft geschaffen, um deren Korrektur es jetzt geht.

Aber auch die Euro-Bank, die Bank von Japan und die britische Zentralbank haben Schuld an der derzeitigen Malaise, weil sie den notwendigen Absturz des Dollars immer wieder mit eigenem Geld aufgefangen und damit das Geld ihrer Bürger in ein Loch geworfen haben. Die Bürger Europas und Japans sind

also ebenso Leidtragende der Tatsache, dass ihre Zentralbanken der Realität der Krise nicht ins Auge sehen wollten, sondern auf Druck der Amerikaner deren Unsolidität und dem Dollar helfen mussten. Auch diese Hilfe nützt aber schon lange nicht mehr, sondern verzögert nur den Absturz. Die für diese Verzögerung eingesetzten Gelder sind also verloren, sind praktisch veruntreut.

Bisher haben alle Versuche der Hilflosigkeit der Federal Reserve Bank und der übrigen Zentralbanken die Krise nicht verhindern können und werden sie auch nicht vermeiden können, denn die Korrektur ist notwendig, zwangsläufig und unaufschiebbar. Man kann nur den plötzlichen Crash durch einen etwas längerfristigen Absturz verzögern.

In der Zwischenzeit versuchen Politiker und Banker immer noch, die Bürger zu beschwichtigen und

die Krise wegzureden. Wer sich auf diese falschen Zeugen verlässt, wird aber grösseren Schaden nehmen, als wenn er konsequent handelt.

Die Krise ist da. Die Krise wird noch stärker. Wir müssen ihr ins Auge sehen und uns darauf einrichten.

Schon vor 5 Jahren hat der Verfasser mit Experten des Mittelstandsinstituts Niedersachsen in dem Buch «Was tun, wenn die Krise kommt?» nicht nur die Krisenfolgen beschrieben, sondern auch dargestellt, was wir tun können, um weniger als andere von der Krise betroffen zu sein. Nur hierum geht es jetzt noch. Wer die Krise also ernst nimmt und für sich handelt, kommt besser durch die Krise und aus der Krise als andere, welche die Krise auf sich zukommen lassen und in ihr untergehen werden.

Quelle: Zeit-Fragen Nr. Nr.19 vom 5.5.2008

Einladung

Informations-und Diskussionsabend

zum Thema

Die wahren Ursachen für die Verteuerung der Lebensmittel

Es sprechen:

Prof. Dr. Eberhard Hamer, Hannover

Finanzwissenschaftler, Rechtsanwalt, Forstwirt

Dr. Gernot Kubasta, Euratsfeld/NÖ

NÖ-Landesobmann des Unabhängigen Bauernverbandes (ÖUBV)

Richard Leopold Tomach, St. Michael/Ktn.

Sprecher der Anti-Gentechnik-Plattform Pro-Leben

Veranstalter: Plattform *Ja zu Österreich – Nein zur EU*

Seekirchen am Wallersee

Gasthof zur Post, Hauptstraße 19

Tel. 06212-2229-0

Mittwoch, 18.6.2008

Beginn 19.30 Uhr

Wien

Kolpinghaus – Wien Zentrum

Stiegengasse 10, 1060 Wien

Ecke Gumpendorferstraße

Donnerstag, 19.6.2008

Beginn 19.00 Uhr

Eintritt: freie Spende

Wir bitten auch die Leser dieser Ausgabe die Veranstaltung bei Verwandten, Bekannten und Nachbarn anzukündigen. Wenn Sie uns einen kleinen Kostenbeitrag zusenden, dann kommen Sie in den Verteiler für jede Ausgabe des Bürgerbriefes.

Information zu unserer Petition “Hände weg von unserer Neutralität”

Viele unserer Leser wissen, dass wir seit geraumer Zeit Unterschriften sammeln, die der Österreichischen Bundesregierung vorgelegt werden. Immer wieder muss auf die Gefährlichkeit der DU-Waffen für alle Menschen hingewiesen werden. Wir möchten dieses Wissen in unserem Medium weitertragen, weil wir besorgt sind um unsere Jugend, die sich zunehmend für schnell verdientes Geld interessiert, z. B. bei Auslandseinsätzen. Auch sind wir in Österreich keineswegs sicher vor etwa im Irak oder in Afghanistan abgeworfenen Bomben: Verseuchter Staub gelangt mittels Winden bis zu 20.000 km weit (vgl. “Der Standard, 4. 6. 08, S. 17). Zu Ihrer Information bringen wir Ausschnitte aus einem offenen Brief an Gernot Erler, Staatsminister im auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, verfasst von Herrn Frieder Wagner. Für weitere Informationen möchten wir auch auf die von der Zeitung Zeit-Fragen zusammengestellte Dokumentation verweisen. Diese finden Sie unter:

Dossier Uranwaffen Artikel 2006 (PDF, 1.2 MB)

Dossier Uranwaffen Sondernummer 41/2006 (PDF, 337.2 KB)

Dossier Uranwaffen Artikel 2007 (PDF, 649.3 KB)

«Depleted Uranium ist eine Waffe, die das eigene Militär zerstört wie auch die ihr hauptsächlich ausgesetzte Zivilbevölkerung ebenso wie die gegnerischen Soldaten. DU zerstört die zivile Umwelt nach dem Krieg und macht sie für viele Jahrzehnte

gefährlich – ähnlich wie Landminen, die heute geächtet und verboten sind.» (Rosalie Bertell: International Journal of Health Services, Volume 36, Number 3, Pages 503–520, 2006)

«Trotz aller noch existierenden offenen Fragen hat die neuere und insbesondere die unabhängige Forschung hinreichend Beweise erbracht, dass Menschen, die Uranpartikelchen in ihren Körper aufgenommen haben, seien es Soldaten oder Zivilbevölkerung, aber vor allem Kinder und Jugendliche, einer schweren Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens ausgesetzt sind.

Das alleine reicht aus, um von den Regierungen der Welt, also in der UN und im UN-Sicherheitsrat, ein striktes Verbot des Einsatzes von DU-Waffen zu fordern. Keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbstgewählten Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten.»

(Sachverständigenstellungnahme und Fazit von Ärzten und Wissenschaftlern über «Die Folgen des Einsatzes von Uranmunition» in Berlin am 19.6.2004)

«Das Ergebnis unserer Studie ist, dass der ausgedehnte Einsatz von Uranwaffen im Irak eine einzigartige Bedrohung der Gesundheit für die Zivilbevölkerung darstellt. Wir haben zunehmende wissenschaftliche Beweise dafür, dass die radiologische Aktivität und die chemische Toxizität mehr Schäden an menschlichen Zellen hervorruft, als wir bisher

angenommen haben. DU ist ein Alpha-Strahler und verfügt gleichzeitig über eine chemische Toxizität. Beide Effekte in ihrer Wechselwirkung können einen «Cocktail-Effekt» erzeugen, der für die Erhöhung des Krebsrisikos verantwortlich ist.»

(Sachverständigenstellungnahme Dr. Keith Baverstock, Irak-Tribunal, Berlin, 19.6.2004)

In einer gemeinsamen Pressekonferenz teilten die WHO und die IAEA mit, dass im Jahre 2005 weltweit 7,6 Millionen Menschen an Krebs gestorben sind. Im Jahre 2020 werden sich die tödlichen Krebserkrankungen allerdings pro Jahr auf weltweit 15 Millionen verdoppeln, so WHO und IAEA. In den Jahren danach könnte diese Zahl dann sogar auf 84 Millionen Krebstote pro Jahr anwachsen.

In der Erklärung wurde nicht klar, ob die Ursache des Anwachsens dieser Zahlen auf eine radioaktive Verseuchung der Atmosphäre zurückzuführen sei. Journalisten befürchten das allerdings, weil WHO und IAEA eigentlich nur bei Meldungen im Zusammenhang mit Radioaktivität gemeinsame Erklärungen abgeben.

www.medical-tribune.de/patienten/news/21970 und:

www.who.int/mediacentre/news/releases/2006/prO6/en/index.htm

Anbei finden Sie unsere Petition. Nutzen wir gemeinsam den Sommer um Unterschriften zu sammeln und diese zu gegebenem Anlass der Bundesregierung zu überreichen.

Petition an die Österreichische Bundesregierung: Keine Entsendung österreichischer Soldaten in verstrahlte Krisengebiete Hände weg von unserer Neutralität

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die folgenden Forderungen:

- **Keine Entsendung österreichischer Soldaten in verstrahlte Krisengebiete**
- **Ja zur Neutralität – Internationale Friedensbemühungen im Sinne der Neutralität seitens der Regierung**
- **Sofortiger Austritt aus der Nato-Partnerschaft für den Frieden PfP und allen anderen neutralitätswidrigen Militärbündnissen**
- **Volle Aufklärung über die Auswirkungen von Uran-Geschossen –
Ärztliche Betreuung für alle Opfer**
- **Verbot der Uranmunition – ihr Einsatz ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht**

Helfen Sie, damit unsere gemeinsamen Bemühungen gehört werden! Sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, mit Ihren Mitbürgern! Bitte füllen Sie die Petition vollständig und genau aus, damit Ihre Unterschrift auch gültig ist.

Name	Adresse + Email	Unterschrift+Geburtsdatum
Wir finanzieren uns aus Spenden und freuen uns über jeden Druckkostenbeitrag: Bankverbindung: Erste Bank BLZ 20 111 Konto 04665066	Ausgefüllte Petition senden an: Initiative für mehr direkte Demokratie PF 78, 1108 Wien	Denken Sie nicht, dass es an der Zeit ist, aktiv zu werden für den Frieden? Sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, mit Ihren Mitbürgern!